

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 14

**Artikel:** "Im Rhythmus des Militärmarsches" : der 8. Kongress der SED in Ostberlin : eine Paradeveranstaltung mit zwei Ueberraschungen, die einander aufhoben  
**Autor:** Csizmas, Michael  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095441>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der 8. Kongress der SED in Ostberlin

## «Im Rhythmus des Militärmarsches»

Eine Paradeveranstaltung mit zwei Ueberraschungen, die einander aufhoben

**Die erste Ueberraschung war die anscheinende Kaltstellung Ulbrichts. Die zweite Ueberraschung war, dass die «neue Linie» von Nachfolger Honecker bezüglich der Deutschland-Politik den alten Ulbrichtschon Kurs noch erhärtete.**

«Mein Mann ist krank. Er kann nicht am Parteitag teilnehmen.» Diese Worte flüsterte Ulbricht-Gattin Lotte der Frau Margot Honecker am frühen Morgen zu, einige Stunden vor Eröffnung des 8. Parteitages der SED. Damit sorgte sie für Schlagzeilen in der Weltpresse, und das war zugleich die grösste Sensation der Parteiversammlung in der Ostberliner Werner-Seelenbinder-Halle, die vom 15. bis 18. Juni tagte.

Der Veteran und Schöpfer der SED, der alle sieben bisherigen Parteitage inszeniert hatte, sagte eine Stunde vor Beginn des Kongresses seine Eröffnungssprache ab. Er hatte noch am Vortage Breschnew an der Gangway im Flughafen geküsst und die Strapazen der Begrüssungszeremo-

nien für die eintreffenden Ostblock-Prominenten überstanden. Aber als am nächsten Morgen das dreifache Hurra der 2000 Delegierten und Vertreter von 94 kommunistischen Parteien aus 83 Ländern an den grossen Bruder aus Moskau ertönte, blieb er abseits. Kommentar des «Times»-Gewährsmanns aus Ostberlin: «Krank aus Wut.»

Die Abwesenheit der klassischen Gestalt des deutschen Stalinismus löste weitgehende Spekulationen aus. Man wollte sogar wissen, dass Ulbrichts Abgang im Zeichen von tiefgehenden Auseinandersetzungen in Pankow und im Krenl stattgefunden hätte. Diese Vermutung erhielt durch verschiedene Fakten Nahrung. In der März-Nummer des SED-Organs «Einheit» erschien ein Artikel von Honecker zum 25. Jahrestag der SED, worin Ulbricht nicht ein einziges Mal genannt war. Ebenfalls recht respektlos wurden die Thesen Ulbrichts über das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR kurz nach seinem Rücktritt von der Tagesordnung des Parteitages gestrichen. Sein gespanntes Verhältnis zu Abrassimow wurde klar demonstriert, als der sowjetische Botschafter nach der Wahl Honeckers zum Ersten Sekretär diesem herzlich gratulierte und Ulbricht mit keinem Wort erwähnte. Da eine Aenderung an der Spitze der SED ohne die Zustimmung Moskaus nicht in Frage kommt, muss der Beschluss über die Absetzung Ulbrichts von Breschnew in der Zeit direkt nach dem 24. Parteitag gefällt worden sein.

### Honecker: «Abgrenzung»

Der erste Nach-Ulbricht-Parteitag der SED brachte übrigens keine umwerfenden Neuigkeiten, doch lässt sich anhand der Referate die gegenwärtige Generallinie des Krenl besser rekonstruieren.

Als Kernpunkt der fünfständigen Rede von Honecker kann die Deutschland-Frage bezeichnet werden. Er nannte die Einheit der deutschen Nation ein Gerede; sie sei von der deutschen Grossbourgeoisie verwirrt worden. An ihrer Stelle sei eine «sozialistische Nation» in der DDR entwickelt: «Die Entwicklung führt objektiv dahin, dass die Gegensätzlichkeit zwischen uns und der BRD sich verstärkt und darum der Prozess der Abgrenzung zwischen beiden Staaten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefgehender wird.» Die Delegierten bestätigten in einer Resolution die Sprachregelung im Sinne der alten Doktrin, wonach sich zwischen den beiden deutschen Staaten eine weitere Zementierung der Spaltung vollziehen soll.

Bezüglich Westberlin machte Honecker deutlich, was er unter Normalisierung hier versteht, nämlich: «die Anerkennung der Realität, dass Westberlin eine Stadt mit einem besonderen politischen Status ist, niemals zur Bundesrepublik ge-

hörte und nie zu ihr gehören wird.» Auf dieser Grundlage sei die DDR bereit, in Westberlin eine Regelung herbeizuführen. Als wichtigstes Anliegen und entscheidend für die gesamte Entwicklung der DDR anerkannte Honecker das ständig enger werdende Bündnis mit der Sowjetunion und mit den sozialistischen Staaten. Dabei wurde auf dem Parteitag die Frage der sozialistischen Wirtschaftsintegration als vorrangig bezeichnet. Drei Viertel des Aussenhandels der DDR entfallen bereits auf die Comecon-Länder.

Die SED verurteilte die «grossmachtchauvinistische und antisowjetische Politik» der Mao-Gruppe. Sie sei eine gegen den Marxismus-Leninismus und die Interessen des Sozialismus gerichtete Politik.

In bezug auf die SED teilte Honecker mit, dass die Partei gegenwärtig 1 909 859 Mitglieder zähle, die in insgesamt 72 207 Grundorganisationen tätig seien; jeder sechste Bürger über 18 Jahren gehöre der Partei an.

### Stoph: Was war das Bauvorhaben mit der grössten Rendite? Die Mauer!

In wirtschaftspolitischen Referat vom Ministerpräsidenten Willi Stoph zu den Fünfjahresplandirektiven 1971—1975, deren Entwurf kürzlich neu überarbeitet worden war, wurde betont, dass die Hauptaufgabe in der weiteren Hebung des Lebensstandards bestehe.

Schwierigkeiten gab es in den vergangenen Jahren insbesondere in der Energiewirtschaft und im Transportwesen. Eine Drosselung und Umgruppierung der Investitionen soll hier als erste Abhilfemassnahme vorgenommen werden. Bis 1975 sollen das Nationaleinkommen um 26—28 und die Realeinkünfte der Werktätigen um 21—23 Prozent steigen.

Stoph lobte den Bau der Mauer und stellte fest, dass sich die Massnahmen vom 13. August 1961 auch wirtschaftlich gelohnt haben. Das Nationaleinkommen ist von 84 Milliarden Mark (1965) um mehr als ein Fünftel gestiegen und erreichte 1970 108 Milliarden Mark. Schon Ende der sechziger Jahre erzeugte die DDR mehr Industriewaren als 1936 das ganze Deutsche Reich. Die jährliche Zuwachsrate des Nationaleinkommens erreichte 5,2 Prozent, 135 Milliarden seien investiert worden. Trotzdem blieb das Lebensniveau und die Produktivität in der DDR um die Hälfte niedriger als in der Bundesrepublik, die Saläre betragen nur zwei Drittel des westdeutschen Standes und die Renten der Alten nur ein Drittel dessen, was die Bundesrepublik ihren Pensionären bezahlt.

### Von den statutarischen Rechten und Pflichten eines Parteitages keine Spur

Der Parteitag der SED, eine der Veranstaltungen, die in den Ostblock-Staaten jetzt Revue passieren, erlaubt wieder einmal einen Einblick in das Wesen dieser Veranstaltungen.

Der Kongress, der laut Parteistatut die einheitliche Programmatik, Strategie und Taktik der Partei bestimmt, die Mitglieder und Kandidaten der leitenden Organe wählt und als höchstes Organ der Partei betrachtet werden sollte, erwies sich als das Gegenteil von alledem:



«Begeistert empfangen die Delegierten und Gäste die Ehrendelegation. Sie erheben sich von ihren Plätzen und applaudieren im Rhythmus des Militärmarsches.»

Text und Bild aus «Neues Deutschland», SED-Zentralorgan, Ostberlin.

## Unsere Meinung

(Fortsetzung von Seite 1)

auf ankommen würde. Obwohl das die Voraussetzung ist, ohne welche uns weder die niedlichen Polizeikordons noch die fromme Gesprächsbereitschaft im geringsten helfen werden. Ohne die Entschlossenheit im Grundsätzlichen werden wir nämlich zusammenpacken können. Soweit wir es nicht ohnehin schon tun.

\*

Die fundamentale Lüge, die haben wir an der erwähnten Veranstaltung in Zürich an einem geradezu klassischen Beispiel vordemonstriert bekommen. Die Lüge war im Namen «antikapitalistische und antifaschistische Informationswoche» enthalten und wurde im Motto «Kapitalismus führt zum Faschismus» in göbbelschem Ausmass plakatiert. Die Umkehrung der Tatsachen in dieser «Information» ist so enorm, dass eine Gesellschaft eigentlich nur auf zwei völlig unterschiedliche Arten darauf reagieren könnte: Solange sie ihrer selbst sicher ist, mit einem Lachen über den offenbaren Unsinn. Sobald sie ihrer selbst nicht mehr sicher ist, mit einem Horror vor dem Henker, der unweigerlich in Aktion treten wird, wenn die Lüge erst gesellschaftsverbindlich ist.

(Denn im Munde derer, die entschlossen sind, unsere pluralistische und demokratische Gesellschaftsform durch eine ideologisch und organisatorisch monolithische zu ersetzen, wird der Ausdruck «Faschismus» ebenso zur Feindbezeichnung wie der Ausdruck «Plutokratie» bei Hitler.)

Aber man hat keinerlei Reaktion gezeigt, die Reaktion auf die Lüge gewesen wäre. Man hat

sich zum Teil darüber aufgehalten, dass die Veranstaltung ein Konzert störte, oder man hat sich darüber aufgehalten, dass die Redner der Veranstaltung keine Verlängerung ihres Lehrauftrags als ETH-Dozenten bekommen hatten, was vielleicht noch nicht gerade ausgesprochener Faschismus sei, aber... Der dicke Satz mit seiner dicken Lüge bleibt bei alledem faktisch unbelästigt. Als «diskutable Behauptung» oder «Uebertreibung» bestenfalls, oder dann einfach so, als Zitat, für die Kinderchen zum Auswendiglernen, was um so besser geht, als die marschtüchtige Skandierung von der TV franko zu den Familien geliefert wird.

vielleicht noch nicht gerade ausgesprochener Faschismus sei, aber... Der dicke Satz breitet wird?) als die Sache.

Mit der Lüge meine ich nicht einmal so sehr die historischen Verzerrungen, obwohl sie dort schon bezeichnend sind. Der Faschismus war das, was seinerzeit in Italien jenes Mussolini stattfand, der seine Karriere als Antikapitalist, Sozialist und Pazifist in Kreise internationalistischer marxistischer Genossen begann und auch nach seiner Hinwendung zum Nationalismus die Pflege seines sozialrevolutionären Images niemals vernachlässigte. Und was die historische Hauptanwendung des Ausdrucks auf den «Hitlerfaschismus» betrifft, so spricht es Bände, dass die «Antifaschisten» anderer totalitärer Provenienz sogar Angst vor dem offiziellen Namen «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» haben und ihn austauschen. Ferner «vergessen» sie die ganze Frühgeschichte des Nationalsozialismus mit seinem Selbstverständnis als revolutionäre Bewegung mit seinem eindeutigen Linksgehoben, mit seinem Anspruch, die progressive Jugend zu vertreten, mit seinem Antikapitalismus. Wenn man aber die Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus (oder wenigstens entscheidende Aspekte davon) unterschlägt oder weglügt, verhindert man auch die Lehre aus der Geschichte, die Erkennung

der Anzeichen. Wobei die Anzeichen sich durchaus auch «antifaschistisch» geben können. Schliesslich hat es im Nahen Osten sogar Leute gegeben, die Eichmann als Antifaschisten empfanden.

Aber lassen wir die historische Verzerrung und betrachten wir den Faschismus in der Summe dessen, was von unsern angeblichen «Antifaschisten» als Faschismus präsentiert wird.

Zum Beispiel die Pressezensur. Sie kann in kapitalistischen Ländern vorhanden sein oder drohen. Aber die Länder der bourgeoisen Demokratie sind die einzigen, die sie nicht oder in geschichtlich präzedenzloser Geringfügigkeit haben. Dafür ist sie in den Ländern nichtkapitalistischer Gesellschaftsordnung eine Selbstverständlichkeit. Und in den Ländern, deren Herrscher sich (wie die Veranstalter der «antikapitalistischen und antifaschistischen Informationswoche») auf Marx und Lenin berufen, ist sie eine Institution. Hier führt also nicht der Kapitalismus zum Faschismus, sondern die Abschaffung des Kapitalismus.

Zum Beispiel die Schikanierung von Andersdenkenden durch die Polizei. Sie wird in den kapitalistischen Ländern mit bourgeoiser Demokratie limitiert, was man schon daraus ersehen kann, dass etwa die Ausweisung eines anders als die Polizei denkenden Ausländers zu einem Höchstmass an Empörung führt. Wiederum aber ist sie in andern Ländern eine Selbstverständlichkeit, und wiederum ist sie in den Ländern, die sich auf Marx und Lenin berufen, eine systemeigene Institution. Und zum Faschismus führt wiederum nicht der Kapitalismus, sondern die Abschaffung des Kapitalismus.

Und so geht es weiter, Erscheinung um Erscheinung, anhand derer die angeblichen «Antifaschisten» den Faschismus in den kapitalistischen Ländern denunzieren: Militarismus, Unterdrückung von Streiks, Bedrohung der Demonstrationen, Repression von Studenten. Alles. Und jedesmal ist es etwas, was in den Ländern der bourgeoisen Demokratie allenfalls im Ansatz vorhanden ist und vielleicht droht, in den Ländern aber, die sich auf Marx und Lenin berufen, voll entwickelt ist. Faschismus ist das, was praktisch nur in den kapitalistischen Ländern nicht institutionalisiert ist.

Was bleibt, ist nur noch ein definitorischer Buebeltrick. Man lässt als Faschismus nur jene tausendmal kleinere Repression gelten, die in kapitalistischen Ländern vorkommt und «beweist» dann seine Behauptung mit der selbstgewählten Definition. Das ist soweit lediglich ein Quatsch. So wie jene Definition der Logik und der Nation, die einmal ein französischer Schriftsteller gegeben hat: «Ce qui n'est pas logique n'est pas français.» Weil das eine rassistische Tönung hat, wird mir wenigstens kein Marxist bestreiten können, dass der Satz ein Unsinn ist. Aber der Satz «Ce qui n'est pas capitaliste n'est pas fasciste» ist genau so gescheit. Aber Quatsch ist es nur, solange es um die intellektuelle Beweisführung geht. Wenn man aber den Satz von den kapitalistischen Voraussetzungen des Faschismus nicht nur definitorisch «beweisen», sondern mit Beispielen belegen will, die tausendmal schwächer sind als die massgeblichen und systemeigenen Beispiele der angepriesenen Alternativgesellschaft, dann nimmt der Irrtum die Ausmasse jener fundamentalen Lüge an, mit der wir so gut koexistieren.

Christian Brügger

eine applaudierende Versammlung, welche die stundenlangen Reden geduldig anhörte und sich mit rhythmischem, langanhaltendem Beifall die Hände rot schlug.

Das wichtigste Ereignis, was das Zweimillionen-SED-Parteivolk betrifft, der Wechsel im Amt des Ersten Sekretärs, wurde nämlich nicht vom Parteitag, sondern von den 14 Mitgliedern des Politbüros im Rahmen einer streng geheimen Sitzung gefällt. Für das Zentralkomitee galt es nur noch zuzustimmen. Honecker, der neugebackene Parteichef präsentierte dem Parteitag seine Führungsgruppe, die wieder nur mit Akklamationen bedacht werden konnte.

Dass die ursprüngliche Tagesordnung des Parteitages kurzerhand abgeändert wurde, verblüffte wohl kaum jemanden mehr. Von einer Rechenschaftsablegung des Parteichefs über die entscheidenden politischen Fragen oder über die tatsächliche Lage der Volkswirtschaft war hier so wenig die Rede wie von demokratischen Wahlen in die führenden Gremien.

Gerade wie die Mitglieder des neuen Zentralkomitees gewählt wurden, zeigt die totale Missachtung der elementarsten Delegiertenrechte. In

einer geheimen Sitzung traten die 200 Delegierten zusammen, da sie die 200 Mitglieder des ZK wählen sollten. Laut Parteistatut muss über jedes Mitglied und jeden Kandidaten des ZK einzeln beraten und abgestimmt werden. Da die Geheimsitzung nur eine Stunde dauerte, standen durchschnittlich für jeden der knapp 200 Wahlgänge nur etwa 20 Sekunden zur Verfügung! Es wurde eben in jedem Fall einstimmig gewählt. Einstimmig wählte man ebenfalls sowohl den neuen Parteichef als auch die 16 Mitglieder des neuen, erweiterten Politbüros und das neunköpfige Sekretariat, aus dem Ulbricht ausgeschieden ist.

Die Delegierten, die nach Ostberlin reisten, hatten gar keine Möglichkeit, eine Auswahl zwischen mehreren Kandidaten zu treffen; sie bestätigten vielmehr die vom Parteiapparat benannten Funktionäre.

Der Parteitag der SED, der in keiner Weise von den anderen Parteikongressen der regierenden kommunistischen Parteien Osteuropas abwich, führt deutlich vor Augen, dass es sich hier um Parteien handelt, die nicht einmal die Reste der innerparteilichen Demokratie behalten wollen, welche die Arbeiterbewegung anfänglich noch gekennzeichnet hatte.

Michael Csizmas